

**Johannes-Maria Lex**

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

**Gesendet:** Sonntag, 17. Oktober 2010 19:55

**An:** chefvomdienst@diepresse.com; presse-parlamentsklub@fpoe.at; schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at; michaela.mueller-wenzel@wien.kinderfreunde.at; presse@gruene.at; anmeldung@familie.at; office@caritas-austria.at; office@amnesty.at; willkommen@sos-kinderdorf.at; diakonie@diakonie.at

**Betreff:** Sammelmeldung 18.10.2010

**Plattform EduCare**

elementare und außerschulische Bildung

**Informationsdienst**

<http://www.Plattform-EduCare.org>

[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

**SAMMELMELDUNG**

**Schon knapp 36.000 Österreicher haben unterschrieben!**

## **Gegen Unrecht: Kinder gehören nicht ins Gefängnis!**

Wir können und wollen weder verstehen noch akzeptieren, dass der österreichische Staat und seine Gesetzgebung es zulassen, zur Aufrechterhaltung der sogenannten öffentlichen Ordnung zwei gut integrierte achtjährige Kinder überfallsartig und unter Einsatz bewaffneter Sicherheitskräfte in ihrem Zuhause abzuholen und ins Gefängnis zu stecken – um sie dann außer Landes zu schaffen.

Wir können und wollen weder verstehen noch akzeptieren, dass man Kinder ins Gefängnis steckt. Und wir können und wollen schon gar nicht verstehen oder akzeptieren, dass man Volksschulkinder von ihrer kranken Mutter trennt.

Kinder gehören nicht ins Gefängnis! **Daher fordern wir von den Abgeordneten zum Nationalrat, die uneingeschränkte Aufnahme der Kinderrechtskonvention in die Verfassung.** Wenn wir nicht wollen, dass weiterhin Kinder in Schubhaft landen und Familien auseinandergerissen werden, dann müssen wir gemeinsam ein Zeichen setzen, denn schlechte Gesetze gehören geändert.

**Klicken Sie einfach auf untenstehendes Banner – und setzen Sie ein Zeichen!**



**KINDER gehören NICHT ins GEFÄNGNIS**

**Ein Zeichen setzen!  
[www.gegen-unrecht.at](http://www.gegen-unrecht.at)**

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

## ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 17.10.2010 19:54:09

### MEINUNG

Die Presse am Sonntag" Leitartikel: Der spröde Charme von Rot-Grün, von Rainer Nowak

### TOP-THEMA

Feld für Bildung statt Koralmtunnel - Wifo-Chef warnt vor Leichtsinn bei den Budgetverhandlungen. Beim schwarz-blauen Gedächtnisstollen", dem Koralmtunnel, fordert er ein Ende mit Schrecken

### FÜR DISKUSSION

Hochqualifizierte Arbeit an den Kindergärten

Entscheidungnahme des ÖDKH zu dem vom im Auftrag der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur sowie der Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung erstellten Endberichtes der ExpertInnengruppe LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe.“

### AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN

### BETRIEBSKINDERGARTEN

Mit dem Kind in die Arbeit - Betriebskindergärten. Kinderbetreuung wird immer öfter Teil der Unternehmenskultur. Davon profitieren beide Seiten.

### BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009

Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009 Modul für das letzte Jahr in elementaren Bildungseinrichtungen

Leitfaden für die häusliche Betreuung sowie die Betreuung durch Tageseltern

Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich

Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu

### BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

**BURGENLAND**

Meldungen: keine

**KÄRNTEN**

Meldungen: keine

**NIEDERÖSTERREICH**

Meldungen:

**→ Siehe auch: Eltern fordern Gleichbehandlung privat betreuter Kinder**

**OBERÖSTERREICH**

Meldungen:

**FPÖ-Kitzmüller: Versprechen des Gratis-Kindergartens in Oberösterreich gebrochen - Finanzierungsproblem bleibt vor allem in kleinen Gemeinden virulent**

**Kindergarten - Wahlzuckerl wird Großbaustelle**

**SALZBURG**

Meldungen: keine

**STEIERMARK**

Meldungen: keine

**TIROL**

Meldungen: keine

**VORARLBERG**

Meldungen: keine

**WIEN**

Meldungen: keine

**KINDERGARTEN**

**Lehrplan für Fünfjährige - Im Vorschulalter müssen Kinder seit September in eine Tagesstätte. Sie spielen und lernen für die Schule und das Leben.**

Kluges Spielen

Streiten lernen

Kein Stress

**KINDERGRUPPEN**

**Eltern fordern Gleichbehandlung privat betreuter Kinder**

**KINDERRECHTE**

**Asyl: Diskussion über Kinderrechte**

**Bereits über 32.000 Unterzeichner der Protestaktion von Caritas, Diakonie und ...**

**SPÖ - Sozialdemokratische Partei Österreichs × Cap Kinderrechte**

**ÖVP Parlamentsklub - Kinderrechte:**

**Keine Abschiebung von Familien**

**Initiative "Gegen Unrecht" ruft zu "stiller Demo" auf**

**Caritasdirektor Landau kritisiert Abschiebep Praxis**

**„Überzogen“: Höchststrichter kritisiert Polizei-Methoden**

### [Im Internet auf die Barrikaden gehen](#)

[Netzwerk Kinderrechte kritisiert erneut Entwurf der Regierungsparteien zur Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung](#)

[Wiener Kinderfreunde: Kinderrechtskonvention wird durch Abschiebung von Kindern in mindestens 17 Artikeln widersprochen](#)

## [MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION](#)

[Korun: Bildung ist wichtiger Teil der Integration von MigrantInnen](#)

[BZÖ-Bucher präsentiert BZÖ-Katalog für Integration](#)

[100 Prozent Realität - Deutsche Lehrer fordern 40 Prozent-Migrantenquote in Klassenzimmern. In der St.-Andrä-Volksschule sind es 98 Prozent. Der Politik fehlt der Plan.](#)

Quote: Ja oder nein?

## [VERANSTALTUNGEN UND EVENTS](#)

[Einladung zur Enquete "Macht Familie arm? ...und/oder reich?"](#)

## [IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

-

---

## **MEINUNG**

---

### ***"Die Presse am Sonntag" Leitartikel: Der spröde Charme von Rot-Grün, von Rainer Nowak***

Wien (OTS) - Anhänger von Rot-Grün in Wien verzichten auf inhaltliche Argumente und freuen sich lieber auf gute Stimmung. Als politisches Experiment ist es reizvoll - nur dass die Versuchskaninchen dabei die Wiener sind.

Eva Glawischnig hatte nach der Wiener Wahlschlappe sofort einen neuen Plan: Damit die Integration, also der Spracherwerb von hier lebenden Ausländern oder neuen Österreichern, besser funktioniert, soll der Kindergarten ab dem zweiten Geburtstag verpflichtend sein. Dass manche Eltern andere Lebensentwürfe haben, ihre Kinder erst mit drei oder vier Jahren in Fremdbetreuung geben wollen, ist den Grünen egal: Für sie sind Kleinkinder Integrationsmaßnahmen.

Diese Form der planwirtschaftlichen solidarischen Integrations- und Bildungspolitik könnte ein Vorgeschmack auf das dieser Tage heftig diskutierte, aber nicht sehr wahrscheinliche rot-grüne Bündnis sein. Für das machen sich Künstler, Denker, Intellektuelle, echte und habituelle Jugendliche in und nahe der SPÖ stark. Immer wieder ist vom "Charme" einer solchen Verbindung die Rede, von der besseren Atmosphäre, von der möglichen Öffnung der Stadt.

Den Grünen müsste das in ihrer Wahlniederlage-Analyse zu denken geben: Eine Regierungsbeteiligung der Grünen wird nicht einmal von den eigenen Sympathisanten als möglicher inhaltlicher Wechsel wahrgenommen, sondern als Verbesserung der allgemeinen Stimmung. Ein neues grünes Lifestyle-Ressort oder ein Stadtrat für gute Stimmung sollte nicht einmal für Michael Häupl ein Problem sein, der so ungern Macht abgibt.

Tatsächlich dürfte es einigermaßen egal sein, ob die zertrümmerte ÖVP oder die Grünen den Juniorpartner der SPÖ geben dürfen, viel zu sagen hätten beide nicht. Die Kleinparteien haben in ihrer Fixierung auf Regierungsbeteiligung und wegen des Minus bei der Wahl eine lächerlich schlechte Verhandlungsposition. Aus dem Wahlergebnis müsste man eher eine rot-grüne Koalition ableiten: Unter den drei Wahlverlierern schnitt die ÖVP mit Abstand am schlechtesten ab, aus ihrem Ergebnis einen Regierungsauftrag abzulesen, ist mehr als kühn. Aus der Innensicht der Ruine müsste ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob eine Neuaufstellung der Partei nicht in der Opposition besser gelinge denn im Frühstücksdirektorium des Wiener Rathauses.

Inhaltlich werden die Unterschiede aufgrund der SPÖ-Dominanz bei Rot-Grün zwar nur marginal, aber sichtbar werden: In der Verkehrspolitik hätten es Radfahrer besser als Pkw-Halter. Die Subventionen für Keller- und Garagentheater dürften eher zu- als abnehmen. Wobei die Schulden überhaupt fröhlich wachsen dürften. Die lokale Wirtschaft könnte von Rot-Grün kaum radikalen Bürokratieabbau oder weniger Umweltprüfungen erwarten. Im Integrationsbereich dürfte die Wir-lieben-und-respektieren-uns-PR-Politik weitergehen. Bei der politischen Kontrolle der Haberer-Stadt haben die Grünen in den vergangenen Jahren mehr geleistet als die ÖVP. So schnell, wie die sich personalpolitisch arrangieren würden, können die Grünen nicht all ihre Grundsätze über Bord werfen.

Für Rot-Grün spricht, dass diese Variante noch nie auf einer politischen Ebene in Österreich zu beobachten war. Das Experiment dauert aber eben fünf Jahre. Und die Wiener geben die wehrlosen Versuchskaninchen.

Rückfragehinweis:

Die Presse am Sonntag

Chef v. Dienst

Tel.: (01) 514 14-445

<mailto:chefvomdienst@diepresse.com>

[www.diepresse.com](http://www.diepresse.com)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/447/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

---

**TOP-THEMA**

---

---

## ***Geld für Bildung statt Koralmtunnel - Wifo-Chef warnt vor Leichtsinn bei den Budgetverhandlungen. Beim "schwarz-blauen Gedächtnisstollen", dem Koralmtunnel, fordert er ein Ende mit Schrecken***

Wien - Auf der Suche nach Milliarden für die Budgetkonsolidierung greift **Wifo**-Chef Karl Aiginger ein seit Jahren kochendes Thema auf: "Der Koralmtunnel wird nie rentabel zu betreiben sein, daher dürfte die **ÖBB** die auf zehn Milliarden Euro geschätzten Baukosten gar nicht investieren."

Dass bereits 1,2 Milliarden Euro in den Ausbau der Koralmbahn investiert wurden und kein Zurück mehr möglich sei, wie Tunnelbefürworter betonen, sei kein Grund, an dem verkehrswirtschaftlich fragwürdigen Projekt festzuhalten, sagte Aiginger in der **ORF**-Pressestunde. Im Gegenteil. "Wenn die Schnellzugverbindung zwischen der zweit- und drittgrößten Stadt in Österreich, Graz und Linz über Selzthal, mangels Frequenz am 12. Dezember eingestellt wird, rechnet sich die Verbindung Graz-Klagenfurt nie."

Zudem ließen sich die Qualitätsprobleme auf der Südbahn durch den Koralmtunnel auch nicht lösen. "Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende", warnte Aiginger mit Blick auf die anlaufenden Budgetverhandlungen. Er zählte sogleich sinnvolle Verwendungsmöglichkeiten des für den "schwarz-blauen Gedächtnisstollen" reservierten Geldes auf: "Der Koralmtunnel kostet so viel wie zehn Jahre höhere Bildungsausgaben."

"Bruder Leichtsinn"

Stichwort Ausgabensenkung: Angesichts des steigenden Wirtschaftswachstums warnt der Wifo-Chef vor "Bruder Leichtsinn" und plädiert für eine primär ausgabenseitige Budgetkonsolidierung. Aus dem Pensionssystem müssten Kostentreiber wie die "Hacklerregelung" dringend, am besten ab 2013, entfernt werden. Bei höheren Pensionen (ab 2000 Euro monatlich) sollte die Pensionserhöhung unter der Inflationsrate bleiben. Die Landesbeamten sollten der Pensionsregelung des Bundes unterworfen werden, die Invaliditätspensionen könnten durch Umschulungen für Arbeitnehmer zurückgedrängt werden.

"Unfair, chaotisch und ungerecht" nannte Aiginger das derzeitige Abgabensystem, allen voran Grundsteuer und Einheitswerte, aber auch, dass Sparbuchgewinne besteuert würden, Aktiengewinne hingegen nur im ersten Jahr. Höhere Steuern befürwortet Aiginger nur, wenn sie eine "doppelte Dividende" bringen, also auch Ungerechtigkeit beseitigt wird: Das gelte für Tabaksteuer und Mineralölsteuer. Letztere müsste aber durch höhere Pendlerpauschalen für Niedrigeinkommen kompensiert werden, die wiederum an Jahreskarten für Öffis gekoppelt sein sollten. Die 13. Familienbeihilfe würde er in einen Fixbetrag umwandeln, die Begünstigung der fünften bis zehnten Überstunde könne gestrichen werden. **Aber: "Wenn in Bildung und Forschung nicht investiert wird, verpufft die Hälfte des Aufschwungs."**

<http://derstandard.at/1287099319630/Wifo-Chef-Aiginger-Geld-fuer-Bildung-statt-Koralmtunnel>

---

## **ZUR DISKUSSION**

---

## **Hochqualifizierte Arbeit an den Kindergärten**

Bregenz (OTS/VLK) - Landesrat Siegi Stemer stellt sich klar hinter die engagierte Arbeit an den Vorarlberger Kindergärten, nachdem der Grüne Bildungssprecher Harald Walser jüngst mit der Aussage zitiert wurde, die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner seien nicht in der Lage, die Entwicklung der Kinder zu fördern und allfällige Defizite zu erkennen. "Damit liegt Walser völlig daneben", betont Landesrat Stemer.

Auch die Feststellung, dass die Kompetenzen an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen (BAKIP) nicht mehr vermittelt werden können und deshalb eine universitäre Ausbildung notwendig sei, ist für Landesrat Stemer eine massive Geringschätzung: "Damit schießt Walser genauso über das Ziel hinaus wie mit der Kindergartenpflicht ab zwei Jahren."

Die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen leisten engagierte Arbeit und die BAKIP bemühe sich ständig darum, die Ausbildung an gesellschaftliche Ansprüche anzupassen. Auch die Fortbildungsprogramme werden immer mehr auf die Herausforderungen der Praxis abgestimmt.

Vorarlberg gehe schon seit Jahren den im Kindergarten- und Schulkonzept fixierten Weg, der eine Aufwertung der Frühpädagogik und des kindgerechten Übergangs vom Kindergarten in die Volksschule vorsieht. In Abstimmung damit werde die Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule ständig weiterentwickelt.

Landesrat Stemer: "Es ist erklärtes Ziel, eine qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung in Vorarlberg zu organisieren." Diese solle einen modulartigen Aufbau ermöglichen und die Entscheidung jeder und jedem Einzelnen überlassen, welche Qualifikationsstufen gewählt werden. "Die für eine gute pädagogische Qualität sowohl im Kindergarten als auch im Pflichtschulbereich erforderliche Aus- und Fortbildung wollen wir in Vorarlberg weiterentwickeln", so Kindergarten- und Schulreferent Stemer.

Rückfragehinweis:

Landespressestelle Vorarlberg  
Tel.: 05574/511-20137, Fax: 05574/511-20190  
<mailto:presse@vorarlberg.at>  
<http://www.vorarlberg.at/presse>

Hotline: 0664/625 56 68, 625 56 67

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/16/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

***Stellungnahme des ÖDKH zu dem vom im Auftrag der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur sowie der Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung erstellten Endberichtes der ExpertInnengruppe „LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe.“***

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr.<sup>in</sup> Schmied!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr.<sup>in</sup> Karl!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen begrüßt die Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Reform der Ausbildung für **alle** PädagogInnen. Wir hoffen, dass die Ergebnisse aus dem Endbericht der ExpertInnengruppe und der nachfolgenden Diskussionen rasch umgesetzt werden können.

Positiv sehen wir auch, dass die Möglichkeit des **Quereinstiegs** aus anderen Berufen und das Professionalisierungskontinuum als Basis für lebensbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen empfohlen wird.

**Der ÖDKH ist in den Gremien der Plattform EduCare und der Initiative Kindergartenpädagogik NEU vertreten und trägt daher deren Stellungnahmen vollinhaltlich mit.**

Gewisse Aspekte möchten wir in unserer separaten Eingabe besonders herausstreichen und damit ihre Wichtigkeit für die Berufsgruppe besonders herausstreichen.

Grundsätzlich regen wir an, in zukünftigen Diskussionen richtig von einer

***„PädagogInnenbildung NEU“***

und nicht von „LehrerInnenausbildung NEU“ zu sprechen.

Mit Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres und des bundesweit gültigen Bildungs-Rahmenplanes wurde der Kindergarten auch offiziell zur **ersten und damit elementaren Bildungseinrichtung** in der Bildungsbiografie aller österreichischen Kinder.

Um dies zu verdeutlichen, schlagen wir vor, dass einheitlich folgende Begriffe verwendet werden:

- ***Elementare Bildungseinrichtung,***
- ***Elementarpädagogik und***
- ***ElementarpädagogInnen.***

Dass die Grundausbildung von ElementarpädagogInnen nach wie vor auf der Sekundarebene – in der BAKIP – erfolgen soll, wie dies die ExpertInnenkommission noch vorschlägt, **widerspricht allen internationalen Erfahrungen und ist für die**

**Gleichwertigkeit der zukünftigen PädagogInnen *diskriminierend*. Sie ist daher – ausgenommen für eine Übergangszeit - aus unserer Sicht strikt abzulehnen!**

Wir meinen, dass die BAKIP in ein Oberstufenrealgymnasium (ORG) mit sozialpädagogischem und musisch-kreativem Schwerpunkt umgewandelt werden soll. Damit würde sie zu einer *vorbereitenden Schule* für alle pädagogischen Berufe so wie etwa auch kaufmännische oder technische BHS nicht als *Grundausbildung* für ein WU/TU-Studium angesehen werden, sondern allenfalls einen *leichteren/besseren Zugang* zu diesen Studien bieten.

Wir sind überdies der Überzeugung, dass die derzeitige unterschiedliche Definition von Arbeitszeit, das heißt Anwesenheit in der Gruppe/Klasse, Vor- und Nachbereitungszeit, Weiter- und Fortbildung, Elternarbeit, Teamarbeit, Ferienregelungen u. s. w. bei Elementar- und SchulpädagogInnen dazu führen würde, dass auch eine gleichwertige Ausbildung zum/zur Elementarpädagogen/in für die StudentInnen wenig attraktiv sein wird. Erfahrungen aus anderen EU-Ländern bestätigen diese Einschätzung.

**Wir fordern daher, dass alle Bildungseinrichtungen in Kompetenz und Qualitätskontrolle des Bundes stehen müssen.** Es braucht daher ein

- ***bundesweit einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht*** für alle PädagogInnen (somit auch der ElementarpädagogInnen) und damit einhergehend die
- ***Eingliederung des elementaren Bildungsbereiches*** in das österreichische Bildungswesen mit ***Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung beim Bund***.

Die derzeitige Aufspaltung in Länder- und Gemeindekompetenzen (und die damit einhergehenden verschiedenartigen Gesetze und Verordnungen) widerspricht allen Forderungen nach *Kostentransparenz*, ist für die Berufsgruppe immens *nachteilig* und *verhindert vor allem optimale Arbeit* für die anvertrauten Kinder. Das derzeit sehr unterschiedliche Dienst -und Besoldungsrecht macht den Beruf der ElementarpädagogInnen – auch für tertiär ausgebildete PädagogInnen - unattraktiv.

Um ein national einheitliches Bild von allen im elementaren Bildungsbereich tätigen Professionen zu erlangen, bedarf es weiters unbedingt klar definierter ***bundesweit gültiger Berufsprofile***, die in breit gefächerten Arbeitsgremien unter Einbeziehung der ElementarpädagogInnen erarbeitet werden müssen. Daraus wird es notwendig sein, zu definieren, welcher Ausbildungsabschluss für welche Aufgaben erforderlich ist.

Dringend notwendig dafür ist auch ***ein bundesweit gültiges (Rahmen-) Gesetz für die Qualitätssicherung*** aller elementarpädagogischen Einrichtungen.

Der Österreichische Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen und die Plattform EduCare haben bereits vor Jahren einen [Entwurf für ein solches Gesetz](#) vorgelegt, der auch in Initiativanträgen von SPÖ bzw. den GRÜNEN Grundlage der Überlegungen war.

**Zur Aufrechterhaltung der Bildung, Erziehung und Betreuung in den elementaren Bildungseinrichtungen sind selbstverständlich entsprechende Übergangsregelungen für die Übernahme der bislang tätigen Personen mit den unterschiedlichen Ausbildungsabschlüssen, Fortbildungsstudien und Praxiserfahrungen auszuarbeiten.**

Die bereits bei Ihnen vorliegenden vier Stellungnahmen

1. [„Statements der Arbeitsgruppe Elementar- und Primarpädagogik in der Steiermark“](#),
2. [„10 Punkte als Stellungnahme zu ‚LehrerInnenbildung NEU‘ “](#)

3. [„Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU zu dem vom im Auftrag der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur sowie der Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung erstellten Endberichtes der ExpertInnengruppe LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe.“](#)
4. [Stellungnahme der Plattform EduCare zum Endbericht der ExpertInnengruppe „LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe“](#)

betrachten wir, wie bereits ausgeführt, als **integrierende Teile unserer Stellungnahme**, die diese in wesentlichen Punkten vervollständigen, ergänzen und präzisieren.

**Der Österreichische Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und Hortpädagoginnen ist gerne bereit, sich in allen Bereichen konstruktiv mit den Erfahrungen und Visionen seiner Mitglieder einzubringen.**

---

## **AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN**



**BESTIMMEN AUCH SIE ÜBER IHRE ZUKUNFT MIT!**

**Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl laden alle Interessensgruppen, Stakeholder sowie alle interessierten Beteiligten ein, sich aktiv an die Diskussion über das Jahrhundertprojekt PädagogInnen-Ausbildung NEU einzubringen.**

➔ [Statement der Arbeitsgruppe Elementar- und Primarpädagogik in der Steiermark](#)

➔ [Stellungnahme Univ. Innsbruck, Dr. Josef Christian Aigner, zu LehrerInnenbildung NEU.pdf](#)

➔ [Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU](#)

**BRINGEN AUCH SIE SICH EIN - EINE MUSTER-E-MAIL FINDEN SIE  
[HIER](#)**

---

## **BETRIEBSKINDERGARTEN**

---

## ***Mit dem Kind in die Arbeit - Betriebskindergärten. Kinderbetreuung wird immer öfter Teil der Unternehmenskultur. Davon profitieren beide Seiten.***

Die Geschichte ist immer dieselbe: Kaum sind Kinder da, beginnen für Frauen die Probleme. Damit sind nicht schlaflose Nächte gemeint, sondern die Rückkehr in den Beruf und die Sorge um eine geeignete Kinderbetreuung.

Während hier Schule und Teile von Staat und Gesellschaft weiter von Tradition und Kinderobhut in der Familie schwärmen, nehmen Unternehmen die Kinderbetreuung ihrer Mitarbeiter immer öfter selbst in die Hand – oder vergeben sie an Dritte. Die Kinderfreunde in Wien sind mit 23 Einrichtungen, die von Unternehmen erhalten werden, der österreichweit größte Betreiber von Betriebskindergärten. „Wir betreuen die Unternehmen bereits in der Planungsphase. Es gibt auch Betriebe, die gemeinsam ein Projekt machen“, sagt Kinderfreunde-Sprecherin Michaela Müller-Wenzel.

Der Start ist nicht immer einfach. Die ersten Bedenken von Unternehmerseite seien oft, ob geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch die Finanzierung sei immer ein Thema und ob überhaupt genügend Kinder „zusammenkommen“, sagt Müller-Wenzel. Ihr Tipp: „Wenn am Anfang nicht genug ‚Firmennachwuchs‘ vorhanden ist, hat sich das temporäre Hereinnehmen von externen Kindern bewährt.“

Der Pharmakonzern Baxter, der in Österreich 3800 Mitarbeiter beschäftigt, ist in seinem Betriebskindergarten mit den Kindern der eigenen Mitarbeiter gut ausgelastet. „Wir haben Platz für 120 Kinder, derzeit betreuen wir 100, im März sind wir wieder voll“, sagt die betriebsinterne Arbeitsmedizinerin Silvia Glaser. Der Frauenanteil im Pharmaunternehmen, das unter anderem FSME- und Grippeimpfstoffe erzeugt, beträgt über 50 Prozent, der Akademikeranteil ist hoch, dazu kommen viele Frauen in Führungspositionen. Glaser: „Da wollen nicht wenige nach einem Jahr Karenz in den Betrieb zurückkehren.“ Geöffnet ist die Kinderbetreuungseinrichtung von 5.30 Uhr morgens bis 18 Uhr. „Wenn einmal ein Meeting einer Mama länger dauert, ist das auch kein Problem.“ Geschlossen ist der Kindergarten nur eine Woche im Jahr. Im Sommer gibt es auch die Möglichkeit einer Betreuung für Volksschulkinder.

„So ein Betriebskindergarten ist oft schwieriger als eine öffentliche Einrichtung zu führen“, sagt Glaser. Wenn etwas nicht klappt, bekomme man das rasch zu hören. „Die Mitarbeiter reden miteinander.“ Neben der Kinderbetreuung werden den Müttern bei Baxter auch Zwei- und Drei-Tages-Arbeitszeitmodelle angeboten. „Wir haben uns darauf eingestellt, den Frauen die Rückkehr nach der Babypause so leicht wie möglich zu machen“, sagt Glaser. Bei der Personalsuche sei das ein Vorteil.

Seit mehr als 30 Jahren setzt die Wiener Städtische auf einen Betriebskindergarten. Knapp 100 Kinder seien derzeit in der Kinderstube, den Familiengruppen und dem Hort untergebracht. „Es gibt Kolleginnen, die reservieren sich schon vor der Geburt des Kindes einen Betreuungsplatz“, sagt der Betriebsratsvorsitzende der Wiener Städtischen, Franz Urban. Dass Mitarbeiterinnen nach 18 Monaten Karenz in den Betrieb zurückkehrten sei „üblich“. Das Angebot der Kinderbetreuung werde bei den Arbeitskräften „sicher als Bonus betrachtet“. Auch die Urlaubsplanung im Betrieb mit 1600 Mitarbeitern werde dadurch „ungemein erleichtert“. Die Kinderbetreuung der Wiener Städtischen hat nur zwei Tage im Jahr geschlossen – an Karfreitag und Silvester. Freilich sei eine solche Einrichtung für eine Firma ein Sozialaufwand, sagt Urban. „Aber der Beitrag relativiert sich.“

Dass ein Betriebskindergarten nicht funktioniert, „ohne dass die Firma in die Tasche greift“, bestätigt auch die Gleichbehandlungsmanagerin der Bank Austria, Leopoldine Faber. „Für so eine Einrichtung muss man schon etwas zuschießen.“ Doch die Rechnung sei einfach: Wenn die Mitarbeiter ihren Kopf frei hätten von Sorgen und ihre Kinder gut betreut wüssten, „dann sind sie mit sehr viel mehr Engagement bei der Arbeit“.

Vor 14 Jahren hat das Bankeninstitut den ersten Kindergarten eröffnet, heute sind es zwei Einrichtungen für 220 Kinder. Zu Beginn sei es schwierig gewesen, genug Kinder zu bekommen, sagt Faber. „Aber ein innovatives Unternehmen muss vordenken.“ Heute sei die Nachfrage nach einem Platz im Betriebskindergarten groß. So locker sei es nicht mehr, einen Platz zu bekommen. Die Entscheidung für die betriebliche Kinderbetreuung sei „goldrichtig“ gewesen.

<http://www.salzburg.com/online/7mal24/aktuell/Mit-dem-Kind-in-die-Arbeit.html?article=eGMmOI8Ve0ORL8JiSgrPN2NL8zXBv7rUxbOqDI&img=&text=&mode=&>

---

## **BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG**

**Vereinbarung gemäß  
Art. 15a B-VG über die  
Einführung der  
halbtägig kostenlosen  
und verpflichtenden  
frühen Förderung in  
institutionellen  
Kinderbetreuungseinrichtungen.**

**Bundesländerübergreifender  
BildungsRahmenPlan  
für elementare  
Bildungseinrichtungen  
in Österreich -  
Endfassung, August  
2009**

**Bildungsplan-Anteil  
zur sprachlichen  
Förderung in  
elementaren**

**Bildungseinrichtungen  
Aktualisierte Version,  
Juni 2009**

**Modul für das letzte  
Jahr in  
elementaren Bildungseinrichtungen**

**Leitfaden für die  
häusliche Betreuung  
sowie die Betreuung  
durch Tageseltern**

**Bildungspläne für  
Elementarpädagogische  
Einrichtungen in  
Österreich**

**Empfehlungen der  
ExpertInnen-Gruppe  
vom 18.12.2009 zur  
PädagogInnen-  
Ausbildung Neu**

## **BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

**Gesetze Bundesländer**

**Bundeskanzleramt RIS  
Informationsangebote**

### ***BURGENLAND***



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

**Meldungen: keine**

### ***KÄRNTEN***



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

**Meldungen: keine**

### ***NIEDERÖSTERREICH***



Niederösterreich: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

---

## Meldungen:

→ **Siehe auch: Eltern fordern Gleichbehandlung privat betreuter Kinder**

---

## **OBERÖSTERREICH**



Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

---

## Meldungen:

**FPÖ-Kitzmüller: Versprechen des Gratis-Kindergartens in Oberösterreich gebrochen - Finanzierungsproblem bleibt vor allem in kleinen Gemeinden virulent**

Wien (OTS) - Klar gegen versteckte Gebühren in oberösterreichischen Kindergärten spricht sich FPÖ-Familiensprecherin NAbg. Anneliese Kitzmüller aus: "Auch wenn es nur zehn Euro monatlich sind: Die Politik hat den Gratis-Kindergarten versprochen und muss dieses Versprechen auch halten." Kitzmüller fürchtet, dass diese Gebühren demnächst erhöht oder ganz in die Gemeindeautonomie übergeben werden könnten. Gerade in Verbindung mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr sei es völlig unzulässig, die Eltern zur Kasse zu bitten.

In den ländlichen Gemeinden sieht Kitzmüller auch das Finanzierungsproblem bei weitem nicht gelöst: "Es ist schön, wenn sich der Linzer Bürgermeister jetzt über mehr Geld freut für eine Infrastruktur, die ohnehin schon vorhanden war. Den kleinen Gemeinden ist es jedoch kaum möglich, unter diesen Bedingungen ein Betreuungsangebot auch am Nachmittag flächendeckend herzustellen." Mit Kooperationen zu arbeiten, sei nur eine Teillösung. "Am Ende bleibt über, dass die Eltern kilometerweit fahren müssen, um ihre Kinder in den Kindergärten zu bringen oder sie von dort abzuholen. Wenn es überall Nachmittagsbetreuung geben soll, muss das auch dort bezahlt werden, wo es gebraucht wird. Alles andere ist eine Scheinlösung", so Kitzmüller.

Insgesamt handle es sich wieder um ein unüberlegt verteiltes Wahlzuckerl, das nun im Nachhinein einen bitteren Beigeschmack bekomme. "Ähnliches droht ja bei der 13. Familienbeihilfe, welche die ÖVP am liebsten gleich wieder abschaffen will", kritisiert die freiheitliche Familiensprecherin.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub

Tel.: 01/ 40 110 - 7012  
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>  
<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>  
<http://www.fpoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## **Kindergarten - Wahlzuckerl wird Großbaustelle**

Das ÖVP-Wahlzuckerl Gratis-Kindergarten und die Betreuungsnovelle haben den schwarzen Landesräten Doris Hummer und Max Hiegelsberger eine Großbaustelle beschert. Während bei Hummer die Kindergärtnerinnen auf die Barrikaden steigen, soll Hiegelsberger mit ausgehungertem Budget Betreuungseinrichtungen bauen.

Es kommt immer darauf an, was eine Gemeinde aus der neuen Kinderbetreuungsnovelle macht, das ist einzig und allein ihre Sache", sieht der neue Gemeindevorstand Hiegelsberger die Proteste der Kindergärtnerinnen rund um das neue Gesetz - sie planen für kommenden Freitag eine Demo vor dem Landhaus - in diesem Ausmaß nicht gerechtfertigt. Wie berichtet laufen die oberösterreichischen Pädagoginnen gegen die in der Novelle verankerte Öffnungszeitenregelung Sturm.

Bildungslandesrätin Doris Hummer glaubt an ein Missverständnis: "Viele glauben jetzt, dass es keinen Kindergarten gibt, wenn nicht zehn Kinder da sind. Das stimmt aber so nicht." Es würde bei dieser neuen Regelung um Randzeiten gehen. Zudem fördere das Land mit dem neuen Gesetz nicht mehr das Personal sondern die Gruppengröße.

[http://www.krone.at/Oberoesterreich/Kindergarten\\_-  
\\_Wahlzuckerl\\_wird\\_Grossbaustelle-Novellen-Debatte-Story-225764](http://www.krone.at/Oberoesterreich/Kindergarten_-_Wahlzuckerl_wird_Grossbaustelle-Novellen-Debatte-Story-225764)

---

## **SALZBURG**



Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

## **STEIERMARK**



Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

---

**Meldungen: keine**

---

## TIROL



Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

---

Meldungen: keine

---

---

## VORARLBERG



Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

---

Meldungen: keine

---

---

## WIEN



Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

---

---

Meldungen: keine

---

---

## KINDERGARTEN

---

---

***Lehrplan für Fünfjährige - Im Vorschulalter müssen Kinder seit September in eine Tagesstätte. Sie spielen und lernen für die Schule und das Leben.***

Kinder lernen durch Bewegung. Die Wiener Kindergärtnerin Monika Gassmann erläutert das an einem einfachen Beispiel: "Wer nicht rückwärts gehen kann, kann auch nicht rückwärts zählen."

Im Kindergarten Monte Laa in Wien-Favoriten ist deshalb genug Platz zum Toben, Springen, Tanzen oder Hüpfen. Sogar ein eigener Bewegungsraum wurde eingerichtet. Im Gruppenraum stapeln Paul, Maria und andere Kinder Polster aufeinander. Ihnen macht das offensichtlich Spaß, hoch hinaufzuklettern und wieder herunterzuhüpfen. Sie machen so ihre ersten Erfahrungen mit der Statik und bekommen ein Gefühl für Höhe.

### **Kluges Spielen**

Doch nicht nur beim Herumtoben werden die Kleinen klüger: "Wenn Kinder spielen, lernen sie", weiß die Kindergartenleiterin Brigitte Schwendinger. "Vielen ist das

leider immer noch nicht bewusst. Manche glauben ja immer noch, lernen passiert, indem man Arbeitsblätter ausfüllt oder ein Buch liest. Doch Lernen ist ein ganzheitlicher Prozess."

Seit Anfang des Monats gibt es das verpflichtende Kindergartenjahr. Und auch einen Bildungsplan, in dem steht, was Kinder können sollten, wenn sie in die Schule gehen. "Das ist natürlich kein Lehrplan, wie man ihn aus der Schule kennt. Es geht vielmehr darum, Kompetenzen zu entwickeln", meint Gassmann.

## **Streiten lernen**

"Kinder sollen etwa lernen, sich in einer Gruppe zurechtzufinden. Das üben sie, wenn sie zum Beispiel in der Bauecke sitzen. Sie müssen sich einigen, wer welche Steine bekommt und wer was baut. Und sie müssen dabei lernen, ihre Gefühle zu kontrollieren. Es geht halt nicht, dass der Julian die Lisa haut, nur weil er gerade wütend ist."

Während Gassmann erzählt, sitzt Maurice vor einem Brett, in dem Kugeln liegen. Immer wieder versucht der Bub, mit seinen kleinen Händen die Kügelchen zu fassen und in eine Mulde zu stecken: "Kinder lernen, in dem sie alles selber tun und das auch wiederholen. Sie wissen also automatisch, wie man lernt."

So wie Leonie, 3. Sie sitzt da und zieht sich immer wieder die Socken an und aus. "Mir ist es ganz wichtig, dass die Kinder die sogenannten Alltagskompetenzen beherrschen: Sich anziehen, Gabel und Messer richtig benutzen, nicht schmatzen. Solche Dinge scheinen viele heutzutage gar nicht mehr zu beherrschen", bedauert Schweninger.

## **Kein Stress**

Leistungsdruck wird im Kindergarten keiner ausgeübt: "Da ist es ganz gut, dass wir altersgemischte Gruppen haben. So kommt sich kein Kind dumm vor, weil es etwas nicht kann. Es gibt ja immer jemanden in der Gruppe, der etwa den Stift noch nicht halten kann."

Aber auch solche Dinge sollen Buben und Mädchen lernen. "Wir beobachten die Kinder regelmäßig. Wenn wir merken, der Leo hat irgendwo ein Defizit, üben wir das spielerisch mit der ganzen Gruppe. Weil alle mitmachen, übt das dann auch Leo", sagt Gassmann.

<http://kurier.at/nachrichten/wien/2041801.php>

---

## **KINDERGRUPPEN**

---

### ***Eltern fordern Gleichbehandlung privat betreuter Kinder***

Baustelle Kinderbetreuung: Privat organisierte "Kindergruppen<sup>2</sup> in Niederösterreich sind es etwa 130 kämpfen seit Jahren ums finanzielle Überleben. Den Grund dafür orten engagierte Eltern und Kindergruppen-Organisatoren in einer

“Ungleichbehandlung der Kinder in privaten gegenüber jenen in öffentlichen Einrichtungen von Seiten des Landes Niederösterreich.<sup>2</sup> Um nicht ewig in der Rolle von Bittstellern zu verharren, fordert Kindergruppenverbands-Sprecherin Margarete Purkarth nun klare finanzielle Verhältnisse: “Wir verlangen einen Rechtsanspruch auf Gründungsförderung und bei der Personalfinanzierung. Jede Familie sollte echte Wahlfreiheit haben, sich in ihrer Gemeinde für `ihre` Betreuungsform und -Institution entscheiden zu können, dabei ist uns eine Kooperation und Vernetzung mit öffentlichen Kindergärten wichtig.

Wer sein Kleinkind zwecks Berufsausübung in fremde Betreuungshände geben muss, ist auf ein passendes Angebot in der nahen Umgebung angewiesen. In einigen wenigen Gemeinden Niederösterreichs gibt es privat organisierte, sogenannte “Elternverwaltete Kindergruppen<sup>2</sup>, die bei Eltern und Kindern mit besonderen pädagogischen Stärken punkten. Derzeit sind es 600 niederösterreichische Kinder, die in einem der 23 Mitgliedsvereine des “Landesverbandes der niederösterreichischen Kindergruppen<sup>2</sup> betreut werden. In den meisten Fällen entstehen Kindergruppen aus dem Engagement von Eltern, die mit dem bestehenden Angebot in ihrer Gemeinde nicht zufrieden sind und sich mehr Mitsprache und Mitbeteiligung bei der Erziehung ihrer Kinder wünschen.

Vielerorts bleibt die Gründungsfinanzierung, die Suche nach Räumlichkeiten und Personal den Eltern überlassen. Meist sind sie zudem auf das Wohlwollen der jeweiligen Bürgermeister angewiesen. Im Gespräch mit dem NÖ Wirtschaftsprescribedienst bemängelt Purkarth: “Den größten Teil der Betreuungskosten in einer elternverwalteten Kindergruppe tragen die Eltern. Unsere monatlichen Beiträge liegen zwischen 180 und 220 Euro bei Halbtagsbetreuung und 350 bis 450 Euro für Ganztagsbetreuung. Die Elternbeiträge sind in den letzten Jahren um mehr als 20 Prozent gestiegen, jede weitere Erhöhung ist den Eltern nicht zumutbar.

Neugründungen von Kindergruppen erfordern laut Purkarth, je nach Zustand der Räumlichkeiten und Preis der Möblierung, durchschnittlich einen Betrag von 3.000 bis 6.000 Euro, “da sind Spielzeug und Bastelmaterialien aber noch nicht enthalten. Diesen Betrag leisten Neugründer aus privaten Ersparnissen, weil es keine Förderungen oder Zuschüsse vom Land NÖ gibt<sup>2</sup>, sagt die engagierte Frau.

Vereinzelt kann dieses Geld den Gründern zurückgezahlt werden, denn auch im Betrieb wirft eine Kindergruppe keine Überschüsse ab “eher balancieren die meisten am finanzielle Abgrund<sup>2</sup>, erklärt Purkarth. Ist die Kindergruppe gegründet und bewilligt, kann sie den Betrieb aufnehmen und den Personalkostenzuschuss (bis zu 36,50 Euro pro Kind und Monat) des Landes NÖ und der Gemeinde beantragen. Voraussetzung für dessen Gewährung ist, dass beide Elternteile berufstätig und österreichische Staatsbürger sind.

Purkarth beklagt die Problematik dieses Förderdesigns: “Es gibt keinen Rechtsanspruch auf die Förderung. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet zu zahlen - auch wenn ein Bedarf festgestellt wird. Was dazu führt, dass auch das Land NÖ nicht bezahlt.<sup>2</sup> Verweigert die Gemeinde die Finanzierung - und das geschieht immer häufiger - gibt es überhaupt keine Förderung für die Kindergruppen.

Kindergruppen sind der Jugendwohlfahrt unterstellt, müssen nach einem umfangreichen Prozedere von der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft bewilligt werden und unterliegen auch deren Kontrolle. (lies)

<http://www.nek.kindergruppen.at>

<http://www.pressemeldungen.at/142920/no-wirtschaftspresstedienst-nr-1093-vom-15102010/>

---

---

## KINDERRECHTE

---

---

### ***Asyl: Diskussion über Kinderrechte***

[ORF.at](http://www.orf.at)

Nicht nur Hilfsorganisationen, auch der Bundespräsident Heinz Fischer fordert, die Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen, um Schutz und Rechte der ...

---

### ***Bereits über 32.000 Unterzeichner der Protestaktion von Caritas, Diakonie und ...***

[Kathweb](http://www.kathweb.at)

Ein solcher Abschiebestopp solle so lange gelten, bis die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung geklärt sei. Zusätzlich forderte Landau das humanitäre ...

---

### ***SPÖ - Sozialdemokratische Partei Österreichs × Cap Kinderrechte***

Positionen, News, Fotos, Videos, Weblogs, Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

[www.spoe.at/cap-kinderrechte.html](http://www.spoe.at/cap-kinderrechte.html)

---

### ***ÖVP Parlamentsklub - Kinderrechte:***

ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf stimmt der in einem offenen Brief erhobenen Forderung von Caritas, Diakonie, AI und SOS-Kinderdorf, die Kinderrechte in die ...

[www.oevpklub.at/20270/?MP=61-17936](http://www.oevpklub.at/20270/?MP=61-17936)

---

### ***Keine Abschiebung von Familien***

Dies sollte so lange gelten, bis die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung geklärt sei, sagte er am Samstag in der ORF-Radioreihe "Im Journal zu Gast".

Zusätzlich forderte er das humanitäre Bleiberecht nach fünf Jahren ...

[www.oe24.at](http://www.oe24.at): Politik - <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/>

---

### ***Initiative "Gegen Unrecht" ruft zu "stiller Demo" auf***

[derStandard.at](http://www.derstandard.at)

Wir sind froh, wenn die Regierung jetzt einen ersten Schritt zur Verankerung der Kinderrechtskonvention in der Verfassung setzt, denn Kinderrechte sind ...

---

### ***Caritasdirektor Landau kritisiert Abschiebepaxis***

[Kleine Zeitung](http://www.kleinezeitung.at)

Dies sollte so lange gelten, bis die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung geklärt sei, sagte er am Samstag in der ORF-Radioreihe "Im Journal zu Gast" ...

---

## **„Überzogen“: Höchstrichter kritisiert Polizei-Methoden**

[DiePresse.com](http://DiePresse.com)

Amnesty International, Caritas, Diakonie und die SOS Kinderdörfer hatten die Abgeordneten aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Kinderrechte in die ...

## **Im Internet auf die Barrikaden gehen**

[Wiener Zeitung](http://Wiener Zeitung)

Diese hatten die Abgeordneten dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Kinderrechte in die Verfassung aufgenommen und Inhaftierungen von Kindern ...



## **Netzwerk Kinderrechte kritisiert erneut Entwurf der Regierungsparteien zur Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung**

Es sieht momentan leider danach aus, dass der Entwurf von vor einem Jahr eine Mehrheit im Parlament finden wird - Medienaussendungen und -berichte dazu:

- [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20101015\\_OTS0115/sk-dokumentation-antwortschreiben-von-spoe-klubobmann-cap-an-hilfsorganisationen-bezueglich-fremdenrecht](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101015_OTS0115/sk-dokumentation-antwortschreiben-von-spoe-klubobmann-cap-an-hilfsorganisationen-bezueglich-fremdenrecht)

- [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20101015\\_OTS0199/kopf-kinderrechte-rasch-in-verfassungsrang-bringen-opposition-soll-blockade-beenden](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101015_OTS0199/kopf-kinderrechte-rasch-in-verfassungsrang-bringen-opposition-soll-blockade-beenden)

- In der ZiB wurde zur Frage der Verankerung der Kinderrechtskonvention Helmut Sax interviewt - zum Anschauen:

<http://tvthek.orf.at/programs/1203-Zeit-im-Bild>

- <http://www.orf.at/stories/2020367/> und <http://www.orf.at/stories/2020367/2020364/>

- Vor allem, aus dem Mittagsjournal: "Kinderrechte kommen in Verfassung - Blockade beendet": <http://oe1.orf.at/artikel/260213>

- Michael Landau "Im Journal zu Gast": <http://oe1.orf.at/artikel/260207> - anhören!

- Michael Chalupka war zu Gast in der ZiB 24 und fordert die Aufnahme der Kinderrechtskonvention in die Verfassung ohne Vorbehalt:

<http://tvthek.orf.at/programs/1225-ZiB-24>

Mag. Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit <mailto:schaffelhofer@kinderjugendgesundheit.at>

Mobil: 0676/45 28 400

<http://www.kinderjugendgesundheit.at>

---

## ***Wiener Kinderfreunde: Kinderrechtskonvention wird durch Abschiebung von Kindern in mindestens 17 Artikeln widersprochen***

Rund 17 Artikeln der UN-Kinderrechtskonvention, die von der Österreichischen Regierung vor 20 Jahren unterzeichnet wurde, widerspricht die Art und Weise wie derzeit in Österreich mit etlichen Kindern umgegangen wird, von denen viele den größten Teil ihres jungen Lebens hier verbracht haben. „Es gilt alle Kräfte dafür aufzubringen, dass dieses Unrecht beseitigt wird“, so Franz Prokop, Vorsitzender der Wiener Kinderfreunde.

Bundespräsident Heinz Fischer und alle UnterstützerInnen der Unterschriftenaktion "Gegen Unrecht" bestärken die langjährige Kinderfreunde-Forderung nach Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention in der österreichischen Verfassung.

Daher unterstützen die Kinderfreunde die Unterschriftenaktion und zwar mit ihrer ganzen Infrastruktur. In Wien bedeutet das 150 Kindergärten, 23 Bezirksorganisationen, eigene Indoor- und Abenteuerspielplätze und große Veranstaltungen, in und bei denen man gegen Unrecht an Kindern eintreten kann. Insgesamt unterstützen mehrere Tausend haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen gemeinsam die Forderung, dass bei allen Entscheidungen und gesetzlich vorgesehenen Vorgängen das Wohl der Kinder, und zwar aller Kinder, die in einem Land leben, im Mittelpunkt steht. „Und genau das, ist auch das Ziel der Kinderrechtskonvention“, fasst Prokop abschließend zusammen.

Rückfragen:

Michaela Müller-Wenzel, Wiener Kinderfreunde, Tel. 0664/542 31 58

E-Mail: [michaela.mueller-wenzel@wien.kinderfreunde.at](mailto:michaela.mueller-wenzel@wien.kinderfreunde.at)

[www.wien.kinderfreunde.at](http://www.wien.kinderfreunde.at)

[Hier können Sie sich an der Aktion "Gegen Unrecht" beteiligen!](#)

[Hier gibt es eine kindgerecht aufbereitete Version der Kinderrechte](#)

[Hier finden Sie Informationen zu den langjährigen Forderungen der Kinderfreunde](#)

[http://www.wien.kinderfreunde.at/index.php?action=Lesen&Article\\_ID=22167](http://www.wien.kinderfreunde.at/index.php?action=Lesen&Article_ID=22167)

---

## **MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION**

---

### ***Korun: Bildung ist wichtiger Teil der Integration von MigrantInnen***

Utl.: Grüne fordern mehr Investitionen in Bildung - Gegen Deutschpflicht am Schulhof =

Wien (OTS) - "Bildung und Schule sind ein wichtiger Teil der Integration von Migranten und Migrantinnen. Daher sollte beginnend mit dem Kindergarten in Bildung wesentlich mehr investiert werden und mit mehr Kindergartenplätzen und mehr FörderlehrerInnen sowohl die Deutschsprachkenntnisse als auch muttersprachliche Kenntnisse von Kindern nicht deutscher Muttersprache unterstützt werden", fordert die Integrationssprecherin der Grünen, Alev Korun.

Das BZÖ ist offensichtlich nicht informiert darüber, dass es derzeit schon muttersprachlichen Unterricht an österreichischen Schulen gibt. "Allerdings leider in nicht ausreichendem Ausmaß, um die Muttersprache auch gut zu beherrschen. Eine Deutschpflicht am Schulhof - wie sie vom BZÖ gefordert wird - ist ein rein symbolischer Akt, würde zu besseren Deutschkenntnissen der betroffenen SchülerInnen kaum etwas beitragen, dafür aber die Muttersprachen vieler SchülerInnen stigmatisieren und in der Schule verbieten", so Korun. "Statt dessen sollte man mit mehr LehrerInnen in Schulen mit einer hohen Konzentration an Kindern nicht deutscher Muttersprache die Sprachkenntnisse verbessern. Auch Begleitprojekte, die mit Freizeitaktivitäten SchülerInnen deutscher und nichtdeutscher Muttersprache auch nach der Schule zusammenbringen, würden zu einer Vermischung wesentlich besser beitragen als ein Verbot der Muttersprachen in der Schule", erläutert Korun.

Die Forderung des BZÖ nach einem maximalen Anteil von 30 Prozent Kindern nicht deutscher Muttersprache geht am Problem völlig vorbei: "Es gibt viele Kinder nicht deutscher Muttersprache, die perfekt deutsch sprechen. Es geht also nicht um die Frage Muttersprache Deutsch oder nicht, sondern um die Frage der Deutschkenntnisse. Diese muss man mit flächendeckendem, früherem Kindergartenbesuch und dem Einsatz von mehr Lehrern und Lehrerinnen in der Schule angehen", so Korun.

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: 06648317548

<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## ***BZÖ-Bucher präsentiert BZÖ-Katalog für Integration***

Utl.: BZÖ für Deutschpflicht im Schulhof =

Wien (OTS) - "Wir leben derzeit in Österreich das Thema Integration nicht", so BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher. Das BZÖ will, dass beim Thema Integration besonders in der Schule angesetzt wird, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Bucher präsentierte deshalb heute den "BZÖ-Katalog für Integration" für eine effiziente und zielführende Integration an den österreichischen Schulen. "Dabei stehen die Deutschpflicht im Schulhof, ein Unterrichtsfach "Herkunftssprache", ein maximaler

Anteil von Schüler nicht deutscher Muttersprache von 30 Prozent pro Klasse und Integrationsbeauftragte im Mittelpunkt". Zur Realisierung einer gelungenen sprachlichen und soziokulturellen Integration von Schülern mit Migrationshintergrund müssen somit Mindeststandards eingeführt werden", so Bucher.

Die Beherrschung der Sprache sei die Voraussetzung für gelungene Integration, für einen positiven Schulabschluss und für adäquate Chancen am Arbeitsmarkt. Daher müsse eine ständige Förderung der deutschen Sprache über die gesamte Schullaufbahn - startend im Kindergarten - beginnen. Auch ein Unterrichtsfach: "Herkunftssprache" müsse eingeführt werden. "Die Kinder sollen auch ihre eigene Muttersprache richtig erlernen, damit sie dann auch die Unterrichtssprache Deutsch ordentlich erlernen können", betonte Bucher. Und weiter: "Zwei- oder Mehrsprachigkeit wäre ein grundsätzlicher Vorteil auf dem Arbeitsmarkt und ist der Integration förderlich, gerät aber aufgrund zweifacher fehlender Sprachkompetenz - sowohl in Deutsch wie auch in der Sprache des Herkunftslandes - bei Migranten der zweiten Generation zum gravierenden Nachteil".

Auch im benachbarten Deutschland wird von der FDP eine Deutschpflicht in Schulhöfen diskutiert. "Deutsch soll nicht nur im Unterricht, sondern auch im Schulhof gesprochen werden. Ein Integrationsbeauftragter soll die Einhaltung dieser Regel überprüfen und helfen Konflikte zu lösen, bevor sie eskalieren", so Bucher.

Rückfragehinweis:

Pressereferat Parlamentsklub des BZÖ

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4527/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

### ***100 Prozent Realität - Deutsche Lehrer fordern 40 Prozent-Migrantenquote in Klassenzimmern. In der St.-Andrä-Volksschule sind es 98 Prozent. Der Politik fehlt der Plan.***

Alexander Loretto ist so etwas wie ein 100-Prozent-Mann. Als Direktor der Grazer Volksschule St. Andrä in Gries betreut er fast zu 100 Prozent Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. Drei von 160 Kindern sind die Ausnahme. Rico ist einer. Ein blonder Bub mit Spitzbubenaugen, der gerne Grimassen schneidet. "Ich bin der Einzige von meiner Sorte in meiner Klasse", sagt der "echte" Österreicher. "Wir sind zu zweit von unserer Sorte", sagen die Brüder José und Edwin aus Venezuela. "Bei uns sind viele von der nervigen Sorte", sagt ein pausbäckiges Mädchen aus Tschetschenien. "Warum?", fragt der Direktor. "Na, weil sie Buben sind."

Punkt. Realität statt Romantik. Alltag in der 27-Sprachen-Zone. Woher wer kommt oder sozialromantisches Multikulti-Theater wie Weltreisen am Schulbuffet spielen in dieser Schule keine Hauptrolle. Zusammenleben ist Pflichtfach. "Alle meine

Schüler leben in Graz. Wenn sie hier leben, ist es egal, woher sie kommen. Am wichtigsten ist, dass sie einwandfrei Deutsch lernen." Der Direktor ist es leid, dass seine Schule ständig als Ausländerschule diskriminiert wird. "Wir sind eine normale Schule, viele Kinder besuchen danach Gymnasien." Ein bisschen bunter seien sie. Fast 100 Prozent bunt. Im Gries-Schnitt sind es laut Stadtschulamt 80 Prozent der Pflichtschüler, die eine andere Muttersprache haben. In Waltendorf neun und in Mariatrost 16.

### **Quote: Ja oder nein?**

Gerechte Verteilung sieht anders aus. In Deutschland sind die Lehrervertreter in der vergangenen Woche auf die Barrikaden gestiegen. Sie fordern eine Migrantquote von maximal 40 Prozent in den Klassenzimmern und eine gezielte Streuung der Migrantkinder über einzelne Stadtteile. "Schwachsinn!", sagt Loretto. "Man kann ja niemanden zwingen, seine Kinder quer durch die Stadt zu führen. Und man kann auch niemanden aus Mariatrost zwingen, nach Gries zu fahren", sagt er Nein zur Quote in Volksschulen. "In höheren Schulen könnte man das andenken."

Die Quoten-Idee ist nicht neu. Thomas Rajakovics, Sprecher des Integrationsbeauftragten, des ÖVP-Bürgermeisters Siegfried Nagl, sagt: "Wir sind nicht zuständig." Und: "Immer muss die Stadt als Lückenbüßer herhalten." Er verweist auf Bildungslandesrätin Elisabeth Grossmann (SPÖ) oder Landesschulrat Wolfgang Erlitz. Der schiebt den Ball Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ) zu oder Stadtschulamtsleiter Herbert Just. Wirklich zuständig fühlt sich niemand. So dümpelt das Problem vor sich hin - seit Jahren.

"Und immer auf dem Rücken der Kinder mit Migrationshintergrund", kritisiert Robert Reithofer vom Integrationsverein Isop. Seine Diagnose: "Das ist das Ergebnis einer verfehlten Bildungs- und Integrationspolitik."

Eine Quote bringe nichts. Der erste Schritt: "Ein Bekenntnis zur Zuwanderungspolitik im Regierungsabkommen." Wo man ansetzen müsste? "In der Sozial- und Wohnpolitik; Graz mangelt es an Gemeindewohnungen." Und an Weitblick. "Wir wissen, welche Kinder in drei Jahren eingeschult werden. Warum bereitet man sich nicht vor?" Stadtschulamtsleiter Just kontert: "Die Ströme sind nicht immer absehbar."

**Dass die Muttersprache immer noch als Maßstab gilt, stört Cornelia Wustmann, Professorin für Frühkindpädagogik, "denn viele sprechen gut Deutsch": "Das greift also viel zu kurz und verhindert, dass man Leistungen der Kinder anerkennt."**

Nevin Akinci und Mahsun Akinci, zwei Türkinnen, hätten keines ihrer Kinder in eine andere Schule als in St. Andrä gegeben: "Sie haben gut Deutsch gelernt und sind hier keine Außenseiter." In Mariatrost wären sie's.

<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2520217/100-prozent-realitaet.story>

---

## **VERANSTALTUNGEN UND EVENTS**

[Kindgemäße](#)

### ***Einladung zur Enquete "Macht Familie arm? ...und/oder reich?"***

Die Fachtagung zeigt strukturelle und ökonomische Nachteile von Familien mit Kindern sowie Strategien zur Armutsbekämpfung auf. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Rolle des Transfer- und Sozialsystems und die aktuell geplanten Kürzungen bei den Familienleistungen gelegt. Neben diesem materiellen Aspekt soll auch kommuniziert werden, was in der Debatte um Familien oft zu kurz kommt: Dass Familie ein Ort der Geborgenheit und Wertevermittlung ist und Kinder das höchste Gut der Gesellschaft sind.

#### **Referent/innen:**

Franz Küberl, Präsident Caritas Österreich

Dr. Martina Leibovici-Mühlberger, Psychotherapeutin und Erziehungsexpertin, Fitforkids

Christine Marek, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

DI Dr. Helmuth A. Schattovits, Familienexperte

Prof. Dr. Clemens Steindl, Präsident des Katholischen Familienverbandes Österreichs

#### **Weitere Podiumsdiskussionsteilnehmer:**

Mag. Dr. Rolf Gleißner, Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit, Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Alfred Trendl, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater und Vizepräsident des Katholischen Familienverbandes der ED Wien

**"Macht Familie arm? ...und/oder reich?"  
Der gesellschaftspolitische Wert von Familien  
Datum: Dienstag, 19. Oktober 2010, 14-18 Uhr  
Ort: Volksbank Wien, Schottenring 1, 1010 Wien  
Eintritt frei!**

**Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und Berichterstattung!**

**Infos und Anmeldung:  
Katholischer Familienverband Österreichs  
Tel: 01-51552/3201**

**Mail: [anmeldung@familie.at](mailto:anmeldung@familie.at)  
[www.familie.at](http://www.familie.at)**

---

#### **IMPRESSUM UND HINWEISE**

---

#### **Plattform EduCare**

##### **Postadresse:**

Krausegasse 7a/10

1110 Wien  
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265  
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen**  
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: [Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org)

**Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten**

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: [Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

**Änderungen zu diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

**Abmeldung von diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

**Anregungen zu Stellungnahmen**

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

**Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen**

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.